

hatte. Nachdem die zweite Sohle seit mehreren Wochen wieder vollständig ausgebaut ist und auch seit wenigen Wochen die Stimpfungsarbeiten der dritten und letzten Sohle bei 850 Meter Tiefe beendet sind, konnten nach dem „W. Tgl.“ seit kurzem die Aufwältigungsarbeiten auf derselben in Angriff genommen werden. Soweit sich die dritte Sohle bis jetzt übersehen läßt, hat die Explosion auf ihr nicht so verheerende Wirkungen ausgeübt, wie auf der zweiten Sohle. Auf der dritten Sohle haben bis jetzt erst nur zwei Leichen, von denen nur noch das Knochengestalt vorhanden war, gefunden werden können. 171 Leichen befinden sich noch in der Grube, die sämtlich auf der dritten Sohle zu finden sind. Da die furchtbare Katastrophe insgesamt 349 Opfer forderte, haben also bis jetzt erst 179 Leichen geborgen werden können, und das nach 1 1/2 Jahren. Wie viel Zeit die Aufwältigungs- und Wiederherstellungsarbeiten des Zechenunternehmens noch beanspruchen werden, läßt sich aus den oben angeführten Gründen jetzt noch nicht bestimmen. Die tägliche Steinkohlenförderung beziffert sich zurzeit auf 3530 Tonnen. Die Belegschaft der Zeche ist gegenwärtig wieder auf rund 1100 Köpfe angewachsen. Trotz dieser erheblichen Belegschaftszunahme — vor Jahresfrist betrug sie etwa 200 Köpfe — stehen jedoch in der Zechenkolonie noch viele Wohnungen leer.

**Dortmund, 28. Febr. (Als Leiche gelandet.)** Der Student Christian Wien von hier wurde als Leiche aus der Ruhr bei Blankenstein gelandet. Ob Unglück oder Verbrechen vorliegt, steht noch nicht fest.

**(?) Castrop, 28. Febr. (Bau einer Arbeiterkolonie.)** Die Arbeiterkolonie der dem Bochumer Gußstahlverein gehörigen Zeche „Teutoburgia“ wird im kommenden Sommer bedeutend vergrößert werden. Es sollen für etwa 150 Familien neue Wohnhäuser errichtet werden.

**Hagen, 26. Febr. Zu dem bereits gemeldeten furchtbaren Mord im Stadtteile Altenhagen wird noch mitgeteilt, daß die Frau ein volles Geständnis ihrer furchtbaren Tat abgelegt hat. Sie wußte sich aller Einzelheiten genau zu entsinnen. Die Unglückliche ist ein Opfer ihrer Kalkül geworden. Als sie schließlich ihre Einkäufe mit dem ihr zur Verfügung stehenden Gelde nicht mehr befreiten konnte, hob sie, nachdem sie bereits mehrmals ihrem Manne selbst aufgeschriebene Lieferantenechnungen vorgelegt hatte, bei der Sparkasse in Wetter in mehrmaligen Gängen von den dort hinterlegten Ersparnissen ihres Mannes 200 M. ab, und suchte ihre Tat dem Gatten durch Herausreißen des betreffenden Blattes im Sparkassenbuche und Ausfüllen eines neuen Blattes mit der vollen Summe zu verheimlichen. Der Mann erhielt jedoch durch Zufall Kenntnis von dem Vorgehen der Frau und stellte sie zur Rede. Dann machte er sich auf den Weg nach Wetter, um die Höhe der abgehobenen Summe genau festzustellen. Während dieser Zeit beging die unglückliche Frau aus Furcht vor weiteren Vorwürfen des Mannes die unfelische Tat. Der Mann gilt als solider, achtbarer Charakter.**

**(?) Bochum, 28. Februar. (Religionsunterricht in der Fortbildungsschule.)** Die Stadtverordneten nahmen fast einstimmig einen Antrag an, in welchem der Magistrat ersucht wird, die Frage der obligatorischen Einführung des Religionsunterrichtes an der städtischen gewerblichen Fortbildungsschule zu prüfen. In der Erörterung des Gegenstandes wurde darauf hingewiesen, daß die Einrichtung in Süddeutschland nicht neu ist; im industriellen Westen hat man bisher von der Einführung des Religionsunterrichtes an den Fortbildungsschulen abgesehen.

**Gelsenkirchen, 26. Febr. (Alkoholvergiftung.)** Gestern morgen wurde der Schumacher Hermann Schulz in seiner Wohnung tot aufgefunden. Er scheint einer Alkoholvergiftung zum Opfer gefallen zu sein.

**Vielefeld, 28. Febr. (Warrrer Traub ist von der Landtagskandidatur im Wahlkreise Herford-Salle-Vielefeld zurückgetreten, um einen Konflikt unter den Liberalen zu verhindern. Die Freimüthigen haben gestern in Herford den Kaufmann und Stadtverordneten Kiel-Minden als Kandidaten aufgestellt.**

**H. Essen, 26. Febr. (Ein Justizmord?)** Vor 25 Jahren soll, wie ein hiesiges Blatt mitteilt, der Dampfschiff wegen mehrerer Lustmorde unschuldig zum Tode verurteilt und hingerichtet worden sein. Der damalige Staatsanwalt, der nicht an die Schuld des Schiff glaubte, hatte seinen Posten niedergelegt. Jetzt sollen Tatsachen beigebracht worden sein, die mit Bestimmtheit darauf schließen lassen, daß die Lustmorde nicht von Schiff, sondern von einem anderen begangen worden seien. Die Persönlichkeit dieses anderen soll bereits festgestellt worden sein.

**Essen, 26. Febr. (Die wachende Krankenpflegerin von Einbrechern schwer verletzt.)** In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag wurde im Marienhospital in Alfensen die Schwester Christophina von Einbrechern überfallen und durch einen Stich in den Unterleib schwer verletzt. Etwa gegen 3 Uhr nachts erschien auf telephonischen Bescheid die Polizei am Orte. Diese fand die Schwester im Flur liegend. Neben ihr lag ein Knebel, mit Chloroform getränkt, den man der Schwester in den Mund gesteckt hatte. In der Küche befand sich ein blutiges Schlachtmesser. Der Vorgang erklärt sich so, daß die Einbrecher, die durch das Fenster des Operationszimmers eindrangen, die wachende Schwester in der Küche antrafen und ihr hier mit dem Messer den Stich versetzten. Die von zwei Polizeihunden verfolgte Spur der Räuber führte bis zur evangelischen Kirche, von wo sie anscheinend mit dem Arbeiterwagen abgefahren sind.

**(?) Essen, 26. Febr. (Wiederaufnahmeverfahren im Essener Meineidsprozeß?)** Der ehemalige „Kaiserbelegte“ Ludwig Schröder und die f. Zt. mit ihm in dem bekannten Meineidsverfahren vor dem hiesigen Schwurgericht wegen Meineids zu längeren Freiheitsstrafen verurteilten Bergarbeiterverbändler tragen sich, wie man hört, doch noch mit der Hoffnung auf eine Wiederaufnahme des Verfahrens. Vor einigen Wochen sind auf einen von Schröder durch Rechtsanwalt Dr. Niemeier gestellten Antrag hin zwei neue Zeugen vernommen worden, die seinerzeit in der Baukauer Bergarbeiterversammlung an-

wesend waren und den Vorgang, auf den es bei diesem Prozeß ankam, mit angesehen haben. Beide Zeugen erklärten bei ihrer kürzlich stattgefundenen Vernehmung, daß sie gesehen, wie der Gendarm Münster mit seinem Arm gegen Schröder eine stoßende Bewegung gemacht und Schröder unmittelbar darauf zu Boden gestürzt sei.

**\*\* Vorbed, 28. Febr. (Beide Beine abgefahren.)** An der Ecke Donner- und Niederstraße ließ das vierjährige Schindchen des Ausreiters Gehrlens vor einen Straßenbahnwagen. Es wurden ihm beide Beine abgefahren. Der Tod trat alsbald ein.

**(?) Oberhausen, 26. Febr. (Stilllegung eines Fabrikbetriebes infolge Bodensenkungen.)** Die Neumühler Brückenbauanstalt und Metallgießerei Fritz Wilms hat, wie die „Niederrheinischen Nachrichten“ hören, ihren sämtlichen Arbeitern und Beamten gekündigt, da infolge von Bodensenkungen der ganze Fabrikbetrieb geschlossen werden muß. Es kommen insgesamt etwa 60 Arbeiter und Beamte in Frage.

**(?) Oberhausen, 26. Febr. (Ausbruch aus dem Gefängnis.)** Der Einbrecher Loh ist aus dem hiesigen Gefängnis ausgebrochen. Nach Einnahme des Abendessens gelang es ihm, in das obere Geschloß des Gefängnisses zu entkommen. Dort zertrümmerte er ein Schloß, kletterte auf das Dach und ließ sich am Giebelblech hinab. Bisher hat der Ausbrecher noch nicht wieder ergriffen werden können. Man glaubt, daß er sich nach Luxemburg gewandt hat.

**\*\* Düsseldorf, 28. Febr. (Mordmord.)** Samstagabend gegen 9 Uhr wünschte der 36-jährige Wirt Heinrich Vogel den Polizeiergeanten Vorster in dessen Wohnung in der Suibertstraße zu sprechen und schloß ihn beim Erscheinen mit einem Revolver nieder. Der als tüchtig geschilderte 32jährige Beamte, der verheiratet und Vater eines Kindes ist, verschied kurz darauf. Auf der Flucht schoß der Mörder nach einem Schuttmann, der ihn zu stellen versuchte, zwei Revolverkugeln ab, die glücklicherweise fehlgingen. Leute, die den Vorfall beobachtet hatten, nahmen die Verfolgung auf, jedoch entkam der Mörder, der auf seine Verfolger mehrere Schüsse abgab, und konnte bis gestern nicht dingest gemacht werden. Es liegt ein Racheakt vor. Vogel, ein robuschter Mensch, war wegen wiederholter Uebertretungen zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden, wogegen er Berufung eingelegt hatte, die dieser Tage verworfen wurde. Dies und der Umstand, daß seine Wirtschaft in der letzten Zeit wiederholt revidiert wurde, haben den Mann zu der unglücklichen Tat getrieben.

**\*\* Trier, 28. Febr. (Von einem Weinsack erdrückt.)** Beim Transport eines Fuders Wein in den Keller ist ein Kellereifeld. Das Feld rollte über zwei Arbeiter. Einer ist tot, der andere schwer verletzt.

**\*\* Aachen, 26. Febr. (Der Mörder Niederau aus Cornelimünster, der am Samstag vom hiesigen Schwurgericht wegen Lustmordes, begangen an dem neunjährigen Knaben Haller aus Dorff zum Tode verurteilt wurde, hat auf das Rechtsmittel der Revision verzichtet und das Todesurteil anerkannt.**

## Graf Pfeil vor dem Ober-Kriegsgericht.

Der dritte Verhandlungstag brachte eine Reihe interessanter Zwischenfälle, deren Höhepunkt der Antrag der Verteidigung auf sofortige Verhaftung des Hauptzeugen gegen den Grafen, des ehemaligen Burschen Jensen, bildete. Zunächst wurde in der Vernehmung des Jensen fortgeführt. Der Zeuge mußte auf Befragen zugeben, daß er sich in seiner Stellung bei dem Grafen etwas sehr aufgeführt habe. Er ist sogar soweit gegangen, intime Beziehungen zu der Gräfin zu behaupten, die niemals bestanden haben. Durch Befragen wird weiter festgestellt, daß der Graf zu Jensen früher sehr vertraut war und ihm sogar Familiengeheimnisse anvertraut habe. Der Zeuge hat früher Andeutungen über Vorgänge auf einem Kasino gemacht, dem der Graf beizuhörte, während inzwischen zu Hause sein Kind starb. Graf Pfeil erklärt hierzu, daß seine eidesstattliche Versicherung an dem Grafen gehandelt habe, auf der absolut nichts unechtes vorgekommen sei. Er habe auch nicht gewußt, daß sein Kind zu Hause krank liege. Auf die Frage, ob der Zeuge etwa durch Beeinflussung des Kriminalbeamten Gräger seine Aussage geändert habe, erklärt dieser, Gräger habe ihn nur ermahnt, die reine Wahrheit zu sagen. — Ein Zeuge Engelmann hatte Gelegenheit, öfters den Grafen zu sehen. Er galt als jähzornig und beschimpfte ohne Anlaß das Dienstpersonal. Er habe erzählt gehört, daß die Gräfin oft Schläge bekam, eine Angestellte habe blaue und grüne Flecken an ihr bemerkt. Es wird noch festgestellt, daß der Zeuge bei seiner Ankunft sich sofort an Gräger gewandt und ihn um 20 Mark angeborgt habe, da er mittellos sei. Auf die Frage des Verhandlungsführers, warum er sich gerade an Gräger gewandt habe, erwiderte der Zeuge: Weil dieser die ganze Sache leitet. — Verhandlungsf.: Aha! — Die Zeugin Engelmann, die Frau des Vorzeugen bekundet, daß die Gräfin von ihrem Manne eine schlechte Behandlung erfuhr, einmal habe er sie mit einer Lampe geworfen. Die Gräfin habe ihre Kinder nicht vernachlässigt. Die Frau des Zeugen Jensen bekundet, daß sie am 24. Januar 1904 von dem Grafen angeheiratet worden sei, eine falsche eidesstattliche Versicherung abzugeben. Der Graf habe sie und ein Fräulein Klant, die auch bei ihm in Stellung war, auf ein Zimmer des Liegnitzer Bahnhofes mitgenommen und ihnen dort die eidesstattliche Versicherung zum großen Teil diktirt. Auf Vorhalt erklärt die Zeugin, daß der Graf den größten Teil der Erklärung sogar selbst geschrieben habe. — Der Verhandlungsführer weist die Zeugin darauf hin, daß man doch nicht auf eine unwahre Tatsache eine eidesstattliche Versicherung gebe. — Die Zeugin erwidert, daß sie bei dem Gespräch gar nicht zu Worte gekommen sei, auch sei sie sich der Tragweite der Versicherung nicht bewußt gewesen. Ein Engelmann hat von dem Grafen nicht bekommen, nur 1 Mark erhalten. — Der Vorjüngling erklärt, daß der Graf ihm Briefe gegeben habe, die er ihm gewünscht, daß er als

ter seinen Kindern erhalten bleiben möge, jetzt drehe er die Sache um. — Die Zeugin behauptet, daß ihr Mann mit der ganzen Affäre Pfeil nichts mehr zu tun haben wollte, er sei tief unglücklich gewesen, weil er dem Grafen zu Liebe, etwas Falsches ausgesagt hatte. — Verhandlungsf.: Trät diese Wendung vielleicht erst ein, nachdem Gräger bei Ihnen war? — Zeugin: Nein. Die Zeugin bestreitet entschieden, daß Gräger ihr irgendwelche Versprechungen gemacht habe. — Verhandlungsf.: Warum haben Sie nicht beim Grafen die Wahrheit gesagt, sondern erst bei Gräger? — Zeugin: Weil dieser mich eindringlich verwarnte und der Graf sagte, ich solle schreiben, was er sage.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung stellt der Verteidiger des Grafen Pfeil den Antrag, den Hauptzeugen Jensen wegen dringenden Verdachts des Meineides sofort zu verhaften. Nach kurzer Beratung erklärt der Gerichtshof, daß diesem Antrag vorläufig nicht stattgegeben werden sei, da ein dringender Verdacht des Meineides zur Zeit nicht vorliege.

In der weiteren Beweisaufnahme wurde Frau Fabrikdirektor Euling geb. Wiener aus Sachsa im Harz vernommen, die der Graf als Erschierin und Hausdame engagiert hatte, nachdem die Gräfin das Haus verlassen hatte. Sie bekundet, daß die Kinder wenig Wäsche besaßen. Der Vater sei gut zu ihnen gewesen. Der Graf sei mißtrauisch gewesen und habe den Eindruck gemacht, als ob ihm die Flucht seiner Frau nahegehe. — Zeugin Frau Wenzke war Kinderpflegerin im Pfeilschen Hause. Sie hat dem Grafen später eine eidesstattliche Erklärung abgegeben, die sie heute als falsch bezeichnet. Die Zeugin erzählt von verschiedenen eheichen Zerwürfnissen zwischen dem Grafen und der Gräfin. Der Graf sei erzürnt gewesen, weil die Gräfin in einem Brief an ihre Eltern schrieb, der Graf habe sie mit dem Degen geschlagen. Zu ihrer ersten eidesstattlichen Versicherung sei sie durch Fräulein Wiener direkt gedrängt worden. Der Verhandlungsführer teilt im weiteren Verlaufe der Verhandlungen mit, daß die als Zeugin geladene Baroness v. Trebra (Dresden), welche der zweiten Frau des Grafen bei ihrer Flucht aus dem gräflichen Hause beistand, wegen Krankheit nicht erscheinen könne. Auch von seinen der Damen Marwede (Bremen) ist die Bitte eingegangen, sie vom Erscheinen vor Gericht zu entbinden. Mit einem der Fräulein Marwede war bekanntlich Graf Pfeil verlobt. Der Gerichtshof beschließt aber, auf dem Erscheinen der beiden Damen zu bestehen. Daraus wird die Zeugin Wenzke noch einmal vernommen. Auf die Frage, ob sie für ihre Aussagen irgend welche Zuwendungen erhalten habe, erklärt sie, daß sie niemals etwas verlangt und auch niemals etwas angenommen haben würde. Sie habe durch die vielen Vernehmungen vor Gericht sogar einen Monat Dienstzeit verloren; das wolle sie aber gern tragen, wenn sie nur der Wahrheit zum Siege verheße. — Unter allgemeiner Spannung wird hierauf der Kriminalbeamte Gräger vernommen. Er erklärt, daß er nach seinem Ausscheiden aus dem Heere, und zwar nach 6 1/2-jähriger Dienstzeit, bei der Berliner Polizei eintrat. Als Kriminalbeamter hatte er u. a. den Kaiser in seinem Gefolge zu begleiten. Eine Zeit lang war ihm die Ueberwachung der kaiserlichen Prinzen Oskar und Joachim in Bloch anvertraut. Er stehe als Rechercheur unter staatlicher Aufsicht und könne für jede seiner Angaben die Beweise erbringen. Irgeend ein Sonotat für seine Tätigkeit habe er von der Gräfin bisher nicht erhalten, nur seien ihm seine Auslagen ersetzt worden, er habe z. B. für die Sache schon 237 000 Kilometer in der Eisenbahn zurückgelegt; er nehme aber ohne weiteres an, daß ihm die Familie Heim (der die Gräfin angehört) seine Arbeit honorieren werde. Im übrigen habe er keine Lust, sich für strafbare Handlungen ins Gefängnis oder ins Zuchthaus stellen zu lassen, auch nicht für die Heimeichen Millionen. Wenn er etwas zu intensiv vorgegangen sei, so habe die Gegenseite mit ihrem Vorgehen daran schuld. Der Zeuge erklärt dann, wie er sich bemüht habe, den Zeugen Jensen zu beeinflussen, die Wahrheit zu sagen und einzugehen, daß seine eidesstattliche Versicherung an dem Grafen falsch sei. Gräger hat damit angefangen, Jensen wegen beleidigender Äußerungen über die Gräfin zur Rede zu stellen. Jensen habe die Äußerungen sofort zurückgenommen. Er, Gräger, habe keinen Auftrag gehabt, diese Sache mit Jensen zu besprechen, da die Gräfin auf dem Standpunkt stehe, daß ein früherer Bursche ihres ehemaligen Mannes sie nicht beleidigen könne. Im Anschluß daran habe er Jensen vorgehalten, daß auch die anderen Angaben falsch sein müßten. Jensen habe das allmählich zugegeben, sich aber damit erklärt, daß er damals tun mußte, was der Graf ihm befohlen habe. Als der Zeuge Gräger einen großen Pack Alfen auf den Tisch niederlegt, beantragt ein Beisitzer, diese Alfen zu beschlagnahmen, da sie für die Verhandlung wichtiges enthalten könnten. Der Zeuge Gräger stellt die Alfen dem Gericht zur Verfügung, entnimmt der Mappe aber eine Brieftasche. Der Verteidiger des Grafen beantragt, die Brieftasche zu beschlagnahmen, da es wichtig sei festzustellen, wieviel Geld Gräger habe. Gräger vernahmt sich gegen diesen Antrag, den der Gerichtshof auch ablehnt. Es entspinnt sich hierauf eine längere Debatte über das Zustandekommen der eidesstattlichen Versicherung, die die Zeugin Wenzke an Gräger gegeben hat.

**Aus aller Welt.**

— **Prinz Georg v. Schönau-Carolath gestorben.** Auf Schloß Mellendorf im Kreise Reichenbach ist Prinz Georg v. Schönau-Carolath im Alter von 64 Jahren gestorben. Der Verstorbene war einer der eifrigsten Förderer der schlesischen Landwirtschaft und gehörte zehn Jahre lang dem Vorstande der schlesischen Landwirtschaftskammer an. Die feierliche Beerdigung des Prinzen findet am Sonnabend in Saabro, Kreis Grünberg, statt.

— **Des Culenburgers Schwiegersohn.** Gegen den Maler Otto Haas-Hege, der in Parkenkirchen bei München eine eigene Villa bewohnt und dort mit seiner Frau, der jüngsten Tochter des Fürsten Philipp von Culenburg,

lebt, haben sich Verdachtsmomente wegen Vergehens gegen § 175 so gehäuft, daß die Staatsanwaltschaft die Untersuchung gegen ihn eingeleitet hat. Die Affäre ist auf folgende Tatsachen zurückzuführen: Gegen den Maler Otto Haas-Hege zu München gebürtig, hatte, war ein Verfahren wegen Kuppelei eingeleitet worden. Er wurde beschuldigt, minderjährige junge Leute zu Zwecken der Unzucht dritten Personen zugeführt zu haben. Unter diesen stand sich auch, wie Hoffmann jetzt erst eingestand, der Maler Otto Haas-Hege. Die Münchener Staatsanwaltschaft hat daraufhin sofort ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, und die Vernehmung einer Anzahl der von Hoffmann genannten jungen Leute hat ergeben, daß diese in Verkehr mit Otto Haas-Hege gestanden haben.

## Der „Geliebte“ zweier Frauen.

Ein Vorspiel zur Mordaffäre Arnholz beschäftigte das Mordabiter Strafgericht. Aus der Untersuchung wurde der Gelegenheitsarbeiter Arnholz vorgeführt, der bekanntlich unter dem Namen „Geliebter“, in Gemeinschaft mit seiner „Geliebten“, der Schänkerin Luise Schred, die Prostituierte Arnholz ermordet und dann den Leichnam in Stücke zu haben. Sahn hat sich vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II unter der Vorlage der Zustellerei gegenüber der Frau Schred und der ermordeten Arnholz zu verantworten. Bei der Vernehmung des Angeklagten gab dieser die Behauptungen der Anklage bezüglich der Schred zu. In der Beweisaufnahme wurden mehrere Prostituierte über das Verhältnis der Schred und der Arnholz zu dem Angeklagten vernommen. Die weitere Beweisaufnahme war zum Teil recht interessante Schlaglichter auf das Leben und Treiben der Dinnen und Zuhälter in dristiger Sorte. Das Gericht erkannte wegen Zuhälterei in zwei Fällen auf zwei Jahre Gefängnis, Ueberversion an der Landpolizei und fünf Jahre Ehrverlust. Der Angeklagte und der Staatsanwalt verzichteten auf Revision. Sahn trat die Strafe sofort an.

— **Mißglücktes Bombenattentat.** In Freitadt (Oesterreichisch-Schlesien) wird gemeldet, Sonnabend früh wurde in das Schlafzimmer des Betriebsleiters am Johannisbad in Rann Oberingenieurs Ludwig Hollein, eine Bombe geschleudert. Hollein warf die Bombe durch das Fenster in den Garten, wo sie mit einem großen Knall explodierte, ohne Schaden anzurichten.

— **Ueber den Tod des Leibarztes.** Dr. Jarin Dr. Botkin, dessen Ableben kürzlich gemeldet wurde, kurz vor dem Tode in Petersburg, wurde in Petersburg, das Dr. Botkin Selbstmord begangen habe. Der Arzt soll, so wird erzählt, bei der Diagnose der Krankheit der Jarin einen schweren Fehler begangen und den Jarin stets davon gehalten haben, noch einen ausländischen Spezialisten an das Krankenbett seiner Gemahlin zu rufen. Der Kaiser machte, als der Zustand der Jarin sich ständig verschlechterte, dem Arzt Botkin Vorhaltungen über sein Verhalten. Dr. Botkin würde glaubte der Leibarzt, der der Jarin große Liebe ergeben war, nicht überleben zu können, so daß er sich vergiftete.

## Zum Tode des Sultans Abdul Asis im Jahre 1876.

Das Geheimnis, das den jähen Tod des türkischen Sultans Abdul Asis umgab, war bisher unaufgeklärt, die Frage: ob er gleich nach seiner Entthronung durch Mord oder Selbstmord gestorben, blieb ungeklärt. Sultan Abdul Hamid behaupten lassen, daß ein Mord vorlag, und daraufhin wurde dann dem Abdul Hamid eine bequeme Widwai Pascha als Urheber des Sultansmordes der Prozeß gemacht. Nun fand man in Wildis nicht bloß 2 Scheren, mit denen der Sultans Tod herbeigeführt wurde, sondern auch Dokumente, die beweisen, daß Abdul Asis sich in diesen Scheren selbst die Pulsadern aufschnitt, daß Abdul Hamid dies wußte, aber Befehl gab, das Gericht von einer Ermordung mit Widwai und Genossen zu verbreiten. Die Scheren und Dokumente wurden dem Justizministerium als Mittel und werden bei der durch Widwai Pascha Ali Haidar veranlassenen Revision des Mordprozesses als wichtige Beweise für die Schuldigkeit der Beschuldigungen figurieren, auf die hin vor 3 Jahrzehnten der „Vater der osmanischen Verfassung“ in das Exil und den Tod getrieben wurde.

## Eine ganze Ortschaft verschüttet.

Telegramme aus Wallace in Idaho melden, daß Sonntagabend durch eine Lawine fünfundsiebzig Personen verschüttet worden sind. Von den verunglückten Personen sind zwölf als Leichen und fünfundsiebzig lebend geborgen worden. Nach neueren New Yorker Meldungen hat das Unglück noch schwerere Folgen gehabt und ist durch das Lawinenunglück die Ortschaft Wallace zerstört worden, in der etwa 5000 Vergleiche wohnten. Die Rettungsarbeiten werden durch einen heftigen Schneesturm gestört.

## Ein geheimnisvoller Mord.

New-York wird telegraphiert: Hier wurde ein sensationelles Verbrechen, bei dem eine Antibrasche eine wichtige Rolle spielte, außerhalb der Stadt gelegenen Restaurants begangen. Fünf Männer mieteten eine Antibrasche im Broadway und sagten dem Kutscher, er solle sie nach einem gewissen Restaurant fahren. Dort riefen sie einen Mann heraus, dessen Identität ihnen augenblicklich bekannt war, und wie dieser an der Tür erschien, erhielt er von einem der Männer einen schweren Messerstich. Der entsetzte Kutscher wurde dann mit vorgeschobenem Revolver gezwungen, in rasender Eile vorzufahren. Der Verwundete starb bald darauf ohne Auskunfts geben zu können. Der Polizei ist jede Spur des Mörders.

# Neueste Nachrichten

W. = Wolff's Bureau, H. = Hirsch's Bureau.  
E. = Privattelegramm.

## Zum Wahlrechtskampf.

H Berlin, 28. Febr. Die von Vertretern des Handels und der Industrie, der Kunst und der Wissenschaft zu Sonntag mittag nach dem Zirkus Busch einberufene Protestversammlung gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung. Schon lange vor Beginn mußte der Zirkus wegen Ueberfüllung polizeilich geschlossen werden. Etwa 8000 Personen demonstrierten gegen das preussische Wahlrecht. Unter den im Zirkus anwesenden Personen befanden sich Vertreter aller Berufsstände, auch bemerkte man viele Damen. Etwa 2500 Personen, die verschlossene Türen fanden, wollten im nahe gelegenen Feenpalast eine besondere Versammlung abhalten, doch verteilte die Polizei die Genehmigung dazu. Pünktlich um 12 Uhr eröffnete Geheimrat v. Bismarck die Versammlung, indem er hervorhob, daß die heutige Kundgebung von Persönlichkeiten ausgehe, die sonst dem politischen Leben fern stehen. Er besprach im einzelnen die Wahlrechtsvorlage und meinte, daß Preußen im Augenblick keine Regierung habe; denn Herr von Bethmann-Hollweg und die Ressortminister seien nur der geschäftsführende Ausschuss der Agrarier. Der nationalliberale Landtagsabgeordnete Maurer bemängelte die jetzige Wahlkreiseinteilung und bedauerte, daß die Regierung noch nicht den Mut habe, dem Volke ein unabhängiges Wahlrecht zu geben. Die jetzige Regierungsvorlage sei nur ein alter Trick auf einem verpackten Kleide. Stadtrat Dr. Frenkel, Mitglied der Handelskammer, weist als Vertreter von Handel und Industrie auf die tiefe Erregung hin, die diese Kreise ergriffen habe. Werde die Vorlage Gesetz, so werde das Volk sagen, daß die Versprechungen der Krone und der Regierung nicht gehalten worden seien. Die Bewegung sei auch auf die Kreise des Handels übergegangen. Bedauerlich sei die allgemeine politische Teilnahmslosigkeit der Bürgerschaft und man könne nur wünschen, daß die Wahlfrage hierin eine Aenderung schaffe. Professor Spiegel erklärte dem preussischen Wahlrecht überhaupt den Krieg. An Schlichtigkeit sei es gar nicht mehr zu überlegen. Rechtsanwalt Dr. Marwitz zog scharf gegen die ungerechte Wahlkreiseinteilung vom Leder und gab seinem Bedauern Ausdruck, daß Handel und Industrie zu Gunsten des platten Landes zurückgesetzt würden. Die Bürger der Städte müßten den Einfluß haben, den sie beanspruchen können. Reichstags- und Landtagsabgeordneter Dr. Wiemer wendet sich hauptsächlich gegen Herrn v. Bethmann-Hollweg und tadelt dessen System der Bevorzugung. Entscheidend müßten vor allem Charakter und Tüchtigkeit sein. Sodann betritt der Reichstagsabgeordnete Naumann, von lebhaftem Beifall begrüßt, die Rednertribüne. Er weist zunächst auf die Entstehung des Gesetzes im Jahre 1849 hin. Das Gesetz löste den Patriotismus mehr als alles andere. Bürger dritter Klasse seien die meisten, und dagegen empören sie sich. Die Süddeutschen können nicht begreifen, daß der preussische Ministerpräsident, der zugleich Reichskanzler sei, sagen könne, das gleiche Wahlrecht führe zur politischen Verrohung und Verwilderung. Weiter bekämpfte Redner eingehend die Bevorzugung der Rittergutsbesitzer und schloß mit den Worten: „Ruft es laut in die Ministerien, daß sie nicht mehr schlafen können, in die Bundesratskammern, daß es ganz Deutschland hört: „Alle Preußen sind vor dem Gesetz gleich!“ Sodann verlas Geheimrat v. Bismarck eine Resolution im Sinne der Ausführungen der Redner, die einstimmig angenommen wurde. Vor dem Zirkusgebäude waren zahlreiche Schaulente zur Aufrechterhaltung der Ordnung anwesend; sie fanden aber keinen Anlaß zum Einschreiten. Mehrere Gruppen von Versammlungsteilnehmern zogen unter Hockrufen auf das allgemeine, gleiche und direkte Landtagswahlrecht nach dem königlichen Schloß und gingen dann ruhig auseinander.

H Frankfurt a. M., 28. Februar. Einberufen von den gemeinschaftlichen Kundgebung verbundenen Lokalorganisationen der Sozialdemokratie, der neuen Demokratie, der Demokratie, der Nationalsozialen, der Fortschrittlichen und der Frauenstimmentlicherinnen fand gestern mittag eine von 50000 Frauen und Männern besuchte Versammlung unter freiem Himmel

auf der Hundeswiese statt, wie sie Frankfurt seit 1848 nicht erlebt hat. Man protestierte entschieden gegen die unwürdige Vorlage und ihre schmachvolle Ausgestaltung durch die reaktionäre Kommission. Unter von hohem Ernste getragenen gewaltigen Beifall für die von 8 Tribünen herab gehaltenen Reden erfolgte die Annahme einer scharfen Resolution gegen die Verschärfung des Volkswillens. Da es an jeglicher Polizeiorganisation auf dem Versammlungsorte fehlte, verlief die Veranstaltung ohne jeden Zwischenfall.

H Breslau, 28. Februar. In einer gestern mittag im großen Konzerthaus vom liberalen Verein und der freisinnigen Volkspartei veranstalteten, überaus zahlreich besuchten Versammlung wurde nach einem Vortrage von Justizrat Olenborff über die preussische Wahlrechtsvorlage einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Einführung der geheimen und direkten Wahl und eine andere Wahlkreiseinteilung gefordert wird.

## Das Befinden Dr. Euegers.

H Wien, 28. Febr. Der Zustand des Bürgermeisters Dr. Eueger hat sich von neuem verschlimmert. Das Bulletin, das nach dem Konflikt ausgegeben wurde, konstatiert bedrohliche Herzschwäche. Der Patient verweigert die Nahrungsaufnahme. Das Bewußtsein ist nicht getrübt. Der Kräfteverfall ist ziemlich rapide. Die Katastrophe wird stündlich erwartet.

## Ein amerikanischer Riesenschwindel.

H New-York, 28. Februar. Hier ist ein Riesenschwindel aufgedeckt worden. Eine neue Dampfschiffahrtlinie New-York-Bordeaux kündigte billige Fahrten an und verkaufte Fahrkarten im ganzen Lande für eine Linie, die überhaupt nicht existiert. Die Schwindler sind nach Europa geflüchtet. Der Betrag der erschwindelten Gelder wird auf eine halbe Million geschätzt. — Der abgesetzte Chef des Fortwiesens beschuldigte vor dem Untersuchungsausschuß den Sekretär des Innern, Wallinger, fauler Praktiken inbezug auf den Verkauf von Ländereien und absichtliche Täuschung des Präsidenten. — Der Marine-Sekretär verlangt sofort zwei Schlachtschiffe zu je 27000 Tonnen und zwei weitere im Jahre bis der Panamakanal vollendet ist.

## Ein Auto unter den Rädern des Zuges.

H New-York, 28. Febr. Ein Eisenbahnzug der Citylinie hat gestern ein Automobil, in dem sich die Witwe des bekannten Generals Flammers befand, überfahren. Die 72-jährige Dame wurde getötet. Zwei weitere Insassen wurden schwer verletzt.

## Spielplan des Dortmunder Stadttheaters.

Freitag, den 4. März. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspiel. Serie B, Nr. 39, braune Karten. Zum 1. Male. Das Konzert. Lustspiel in 3 Aufzügen von Hermann Bahr. Sonnabend, den 5. März. Nachmittags 3 Uhr. Schülerpreise. Dritte Schüler-Vorstellung. Maria Stuart. Trauerspiel in 5 Aufzügen von Fr. Schiller. — Abends 7 1/2 Uhr. Serie C, Nr. 39, rote Karten. Opernpreise. Engagements-Gastspiel des Fr. Wally Stelzner. Wien. Aida. Große Oper mit Ballett in 4 Aufzügen von G. Verdi. Aida — Fr. Wally Stelzner als Gast. Sonntag, den 6. März. Nachmittags-Vorstellung zu ermäßigten Preisen. Anfang 3 Uhr. Zum 6. Male. Mit vollständig neuer militärischer Ausstattung. Ein Herbstmanöver. Operette in 3 Aufzügen von Emmerich Kalman. — Abends 7 1/2 Uhr. Opernpreise. Die lustigen Weiber von Windsor. Romantisch-phantastische Oper mit Ballett in 3 Aufzügen von Otto Nicolai.

Die allgemeine Teuerung macht der Hausfrau fortgesetzt schwere Sorgen. Immer mehr kommt sie deshalb zur Erkenntnis, daß die Magg's Erzeugnisse, deren Preise stets die gleichen geblieben sind, eine ungemaine Bedeutung haben. Eine vorzügliche Suppe ist mit Magg's Suppen zu billigem Preise rasch herzustellen. Und dabei fast gar keine Arbeit und keinerlei Zutaten: sie werden nur mit Wasser gekocht. — Magg's Bouillonwürfel aber sind, zumal bei plötzlich eintretendem kaltem Wetter, von besonderer Wichtigkeit. Denn eine Tasse guter Bouillon erwärmt und erfrischt den Körper. — Nicht zu vergessen ist schließlich Magg's Würste als ein altbewährtes Mittel, um Fleischpreisen, schwache Suppen, Saucen, Gemüse usw. ganz hervorragend zu verfeinern und köstlicher zu machen.

Verantwortlicher Redakteur Fr. Meher, Kamen.

## Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die §§ 26 bis 62 und 66, 6 der Deutschen Wehrordnung vom 22. November 1888 — Neubearb. 1904 — werden alle zur Befreiung verpflichteten Militärpflichtigen des Aushebungsbezirks Hamm-Landkreis aufgefordert, sich vor der vom 3. bis einschließlich den 18. März 1910 verfallenden Ersatzkommission pünktlich zu stellen. Die Termine zur Musterung sind wie folgt festgesetzt:

- I. Im Lokale des Wirtz Buschhölle in Hamm, Friedrichsplatz, vormittags 8 Uhr:
  1. Donnerstag, den 3. März, für die Militärpflichtigen des Amtes Rhynern aus den Jahren 1888 und 1890;
  2. Freitag, den 4. März, für die Militärpflichtigen:
    - a) des Amtes Rhynern aus dem Jahre 1889;
    - b) des Amtes Peltum, Bezirk Hamm, aus dem Jahre 1889;
  3. Samstag, den 5. März, für die Militärpflichtigen des Amtes Peltum aus dem Jahre 1888 und diejenigen des Amtes Peltum, Bezirk Hamm, ausschließlich der Gemeinde Wiescherhöfen aus dem Jahre 1890;
  4. Montag, den 7. März, a) für die Militärpflichtigen der Gemeinde Wiescherhöfen aus dem Jahre 1890, b) Prüfung der Reklamationen der während der vorhergehenden Tage als tauglich vorgemusterten Militärpflichtigen.
- II. In dem Lokale des Wirtz Friedrich Hausmann in Kamen, Weststraße 9, vormittags 7 1/2 Uhr:
  5. Dienstag, den 8. März, für die Militärpflichtigen der Stadt Kamen aus den Jahren 1889 und 1890;
  6. Mittwoch, den 9. März:
    - a) für die Militärpflichtigen der Stadt Kamen aus dem Jahre 1888,
    - b) für die Militärpflichtigen des Amtes Peltum, Bezirk Kamen, aus den Jahren 1888 und 1889;
  7. Donnerstag, den 10. März, a) für die Militärpflichtigen des Amtes Unna-Kamen, Bezirk Kamen, aus dem Jahre 1888, b) für die Militärpflichtigen des Amtes Peltum, Bezirk Kamen, aus dem Jahre 1890;
  8. Freitag, den 11. März, a) für die Militärpflichtigen des Amtes Unna-Kamen, Bezirk Kamen, aus dem Jahre 1889 und b) desselben Amtes ausschließlich der Gemeinde Westf. aus dem Jahre 1890;
  9. Samstag, den 12. März, a) für die Militärpflichtigen der Gemeinde Westf. aus dem Jahre 1890, b) Prüfung der Reklamationen der während der Musterungstage in Kamen als tauglich vorgemusterten Militärpflichtigen.
- III. Im Lokale des Wirtz Meininghaus in Unna, Königsstraße, vormittags 7 1/2 Uhr:
  10. Montag, den 14. März, für die Militärpflichtigen der Stadt Unna aus den Jahren 1888 und 1889;
  11. Dienstag, den 15. März, für die Militärpflichtigen der Stadt Unna aus dem Jahre 1890;
  12. Mittwoch, den 16. März, a) für die Militärpflichtigen des Amtes

- Unna-Kamen, Bezirk Unna, aus dem Jahre 1888,
- b) für die Militärpflichtigen des Amtes Fröndenberg aus den Jahren 1888 und 1890;
13. Donnerstag, den 17. März, a) für die Militärpflichtigen des Amtes Fröndenberg aus dem Jahre 1889, b) für die Militärpflichtigen des Amtes Unna-Kamen, Bezirk Unna, aus dem Jahre 1889, c) für die Militärpflichtigen desselben Amtes ausschließlich der Gemeinden Mülhausen und Niedermassen aus dem Jahre 1890;
14. Freitag, den 18. März, a) für die Militärpflichtigen der Gemeinden Mülhausen und Niedermassen aus dem Jahre 1890, b) Prüfung der Reklamationen der während der Musterungstage in Unna als tauglich vorgemusterten Militärpflichtigen;
15. Sonntag, den 19. März, festgesetzt, und zwar findet dieselbe in dem Musterungsorte des Wirtz Meininghaus in Unna statt. Dieselbe beginnt vormittags 8 Uhr. Es bleibt den Militärpflichtigen des Jahrgangs 1890 überlassen, sich zu diesem Termin persönlich einzufinden. Etwaige Reklanten sind mit dem ältesten Jahrgange vorzulegen.

Dieser zum einjährig-freiwilligen Dienst Berechtigten, welche Ausstand auf Grund des § 93 der Wehrordnung erhalten haben, sind von ihrem Erscheinen zur Musterung entbunden, ebenso diejenigen Leute, welche sich im Besitz gültiger Annahmescheine befinden. (§ 85, 3 der Wehrordnung.)

Ausbleiben der zur Befreiung Verpflichteten ohne gehörige und begründete Entschuldigung, unpünktliches Erscheinen, ruhestörender Lärm in oder vor einem der Musterungsorte, sowie Trunkenheit werden unmissverständlich bestraft.

Es wird erwartet, daß die Militärpflichtigen sauber gewaschen und in reiner Kleidung erscheinen, andernfalls dieselben nicht gemustert, dagegen auf den folgenden Tag neu beordert werden.

Die Prüfung der zur Erörterung gelangenden Reklamationen findet, wie bereits vorhergehend vermerkt, im Musterungsorte Hamm am 7. März, im Musterungsorte Kamen am 12. März und im Musterungsorte Unna am 18. März statt.

Die gesamten Familienangehörigen, auf deren Erwerbs- oder Nichterwerbsfähigkeit es bei Beurteilung der Reklamationen ankommt, haben in Gemeinschaft mit dem als tauglich vorgemusterten Militärpflichtigen an den bezeichneten Tagen in dem für sie in Betracht kommenden Musterungsorte, und zwar in Hamm, pünktlich um 8 1/2 Uhr, in Kamen und Unna pünktlich um 8 Uhr zur Stelle zu sein.

Ueber etwaige Gesuche von Reklanten, Wehrleuten und Ersatzrekruten um Zurückstellung nach Maßgabe der §§ 118 Ziffer 3, 120 Ziffer 5, 122 und 123 der Wehrordnung wird an den Reklamationstagen durch die verstärkte Ersatzkommission entschieden.

Die Herren Bürgermeister, Amtmänner und Gemeindevorsteher wollen nach Möglichkeit für die Verbreitung der vorstehenden Bekanntmachung sorgen.

Hamm, den 9. Februar 1910.  
Der Zivilvorsitzende der Ersatzkommission  
Hamm-Land.  
J. B. v. Herzberg.

## Nachtrag

zu der Ordnung, betreffend die Erhebung einer Hundsteuer im Bezirke der Stadt Kamen, vom 19. Dezember 1908. (Veröffentlicht im Regierungs-Amtsblatt von 1909 Seite 152 ff.)

Auf Grund des Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung hierelbst vom 18. Januar 1910 wird hierdurch in Gemäßheit der §§ 16, 18, 82 Kommunal-Abgaben-Gesetzes vom 14. Juli 1893 des § 1 der bestehenden Hundesteuer-Ordnung aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt: Wer einen nicht mehr an der Mutter saugenden Hund hält, hat für denselben jährlich eine Steuer von zehn Mark in vierteljährlichen Raten und zwar in den ersten 14 Tagen eines jeden Vierteljahres an die hiesige Stadtkasse zu entrichten. Das erste Vierteljahr erstreckt sich auf die Zeit vom 1. April bis Ende Juni.

Es ist gestattet, die Steuer für das ganze Jahr in ungetrennter Summe im Voraus zu entrichten.

Ueber die Steuerzahlung ist eine Quittung zu erteilen. Dieser Nachtrag tritt mit dem 1. April 1910 in Kraft. Kamen, den 21. Januar 1910.

### Der Magistrat:

v. Basse, Grevel, Gerdtz, Moeninghoff, Junke, Martin.

### Gemeinigt.

Arnsberg, den 3. Februar 1910.

Namens des Bezirksausschusses, Abt. I.

(L. S.)

B. A. I C III 20/10.

### Der Vorsitzende:

In Vertretung: Kern.

Zu der vorstehenden Genehmigung wird gemäß § 77 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 und dem Ministerialerlasse vom 26. Juli 1907 — M. d. J. IV b 1167 — die Zustimmung erteilt.

Münster, den 11. Februar 1910.

(L. S.)

Der Oberpräsident von Westfalen:

Nr. 1646 I.

J. B. v. Haugwitz.

### Veröffentlicht.

Kamen, den 14. Februar 1910.

Der Magistrat: von Basse.

Es ist ein

Denstmädchen

313

apphäfts-Zahl-Büro

Kamen, Bahnhofstr. 5.

Nehme stets

307

Ziegenlamm

zu den besten Preisen entgegen.

H. Frank, Oberaden.

## Marktpreise.

Neuch, den 28. Febr. 1909.  
Produktenbörse.

|                   |           |        |       |
|-------------------|-----------|--------|-------|
| Weizen            | 100 Kilo  | 22,00  | 21,40 |
| Blagen            | "         | 16,20  | 15,20 |
| Hafer             | "         | 15,50  | 14,50 |
| Gerste            | "         | 14,50  | —     |
| Kartoffeln        | 50        | 3,00   | 2,70  |
| Senf              | "         | 5,00   | 4,50  |
| Luzerne-Heu       | "         | 5,50   | —     |
| Machtmittel       | 500       | 22,00  | —     |
| Stegeldruck       | "         | 24,00  | —     |
| Kleien            | 50 Kilo   | 6,20   | —     |
| Rübbel in Partien | "         | 57,50  | —     |
| u. 100 Btr. 100   | "         | 59,50  | —     |
| od. 100 Btr. 100  | "         | 60,50  | —     |
| geröstet. Del.    | "         | —      | —     |
| Rübbuchen         | 1000 Kilo | 106,00 | —     |

## Sand

zum Mauern u. Verputzen, für Gärten u. Wegebauzwecke empfiehlt billigst  
**Heinrich Dalhoff,**  
Giltrup i. W.  
Sandgrube mit Eisenbahnanschluß. 161  
Telephon-Amt Giltrup Nr. 22.

## Familien- - - - Ereignisse

wie Verlobungen, Vermählungen, Geburten, Todesfälle u. s. w. teilt jeder Freunden und Bekannten am zweckmäßigsten mit durch eine Anzeige in der  
**Kamener Zeitung.**

## Miet-Pianos

in grosser Auswahl, günstige Bedingungen bei späterem Kaufe

**Rudolf Ibach Sohn,**  
Barmen, Neuerweg 40/42.

## Verblaste Stoffe

Kann jeder leicht selbst färben

mit den echten  
**BRAUN'SCHEN FARBEN**  
für Hausgebrauch  
= Millionenfach bewährt. =  
zu haben in  
Apothek., Drogen- u. Farbenhandlungen.  
Man achte auf nebenstehend abgebildete Schleifenmarke.

## Flechten

als u. trockene Schuppenflechte, skroph. Ekzema, Hautausschläge, offene Füße  
Beinschäden, Beinschwellen, Aderbeine, böse Finger, alte Wunden sind oft sehr hartnäckig;  
wer bisher vergeblich hoffte geheilt zu werden, mache noch einen Versuch mit der besten bewährten  
**Rino-Salbe**  
frei von schädlichen Bestandteilen.  
Dose Mark 1,15 u. 2,25.  
Dankschreiben gehen täglich ein.  
Nur echt in Originalpackung  
weiß grün rot und mit Firma  
Schubert & Co., Weinböhla-Dresden.  
Fälschungen weisen man zurück.  
Zu haben in den Apotheken.

Morgens  
9 bis 12 Uhr

# Grosse Auktion

Nachmittags  
2 bis 6 Uhr

der Restbestände der Läger im Geschäftslokale von  
**Gebrüder Kaufmann, Kamen.**

Donnerstag, den 3. März, morgens 9 Uhr beginnend und  
folgende Tage werde ich im freiwilligen Auftrag der Firma Gebrüder Kaufmann  
die Restbestände sämtlicher Läger

bestehend aus:

Konfirmanden-Anzügen, Lodenjoppen, Knabenblusen und -Hosen, Herren- und Knabenanzügen und Paletots, Damen- und Kinder-Mäntel, Kostüm-Röcken, Blusen, Regenschirmen, Unterröcken, Schürzen, Tischdecken, Bettdecken, Gardinen, Gardinenborden, Bettbarchent, Bettfedern, Leinen, Kleiderkattun, Wollenen Kleiderstoffen in allen Farben, Sammets, Vielen Baumwollwaren, Kleiderseide, Blusen- u. Besatzseide, Besatzstoffen u. Kurzwaren, Damen- u. Kinderhemden, Blauen u. grauen Jacken u. Hosen, Bettvorlagen, Teppichen u. vielen nicht — benannten Sachen, Bettstellen und Matratzen, Schränken, Tischen, Flurgarderoiben, Eisenbettstellen und vielen anderen Sachen —

öffentlich meistbietend versteigern.

**Kamen.**

311

**Falley, Gerichtsvollzieher.**



**Musik-Verein Unna.**

## II. Vereins-Konzert

Montag, den 14. März im Saale des  
Hôtel Dröge, unter Leitung des Herrn Musik-  
direktor Professor Janssen (Dortmund).

**„Das Paradies und die Peri“**

Oratorium von Rob. Schumann.

Mitwirkende:

Solisten: Fräulein Else Kettling (Koblenz), Sopran.  
Fräulein Therese Funk (Berlin), Alt.  
Herr A. Kohmann (Frankfurt a. M.),  
Tenor.

Herr Goepel (Dortmund), Bass.

Orchester: Das philharmonische Orchester aus  
Dortmund (Hüttner).

Chor: Der Unnaer Musik-Verein.

Beginn: 8 Uhr. Ende: Gegen 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

Preise der Plätze: Im Vorverkauf: Saal-  
karte 2 Mark, Galleriekarte 1 Mark; an der  
Abendkasse 50 Pfg. Aufschlag. 309

Der Vorstand.

In Kamen sind Karten zu haben: In der  
Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

## Holz-Verkauf

Haus-Velmede.

Mittwoch den 2. März 1910, morgens 10 Uhr,  
sollen im Forstdistrikt Osbunge:

150 Stck. Fichten zu Gerüst-  
stangen und Bauholz;

120 Stck. Eichen zu Geschirr-  
und Frechtungspfählen;

80 Raumm. Kiefernstangen zu  
Flechtungen und Brandholz;

10 Stck. Buchen von 30-45 cm  
Durchm. zu Brettern u. Brandholz

nummerweise meistbietend verkauft werden. 302

Verammlung bei Wirt Saumann, Nordberg.

Löddinghausen, den 24. Februar 1910.

Blödom.

Zum 1. April oder Mai ein

## Knecht

von 16-18 Jahren gesucht.  
Wo, zu erfragen in der Ge-  
schäftsstelle d. Btg. 290

## Junges Mädchen,

18 Jahre alt, vom Lande,  
sucht auf sofort Stellung. 308

Gustav Graalke,

Kaiserau, Sektion 7, Nr. 9c.

## Geschäfts-Empfehlung!

Den geehrten Damen und Herren von Ka-  
men und Umgegend zur gefl. Kenntnisnahme, daß  
ich mit dem heutigen Tage mich selbständig etabliert habe.

Für guten Sitz und tadellose Ausführung Ga-  
rantie leistend, empfehle ich mich bei Bedarf bestens.

**Gustav Mannschke**

310 Damen- und Herrenschneider  
Kamen, Markt 6, im Hause des Herrn Wirt Nieder.

Suche per 1. April evtl. 1. Mai ein durchaus tüchtiges,  
zuverlässiges Mädchen von ordentl. Leuten.  
Frau Max Grüneberg, Lünen, Langestr. 56.

Eine schöne  
**Wohnung**  
von bis 2-3 Zimmern, mit  
Keller, Stallung u. Gartenland  
zum 1. April zu vermieten.

Näheres zu erfragen in der  
Geschft. d. Btg. 296

Ordentliche Leute erhalten  
**Kost und Logis.**

Wo, zu erfragen in der Ge-  
schäftsstelle dieser Zeitung. 300

## Institut Volk

Limmenau i. Thür.  
Einj., Fähnr., Prim.-Abitur.-(Ex.)  
Schnell, sicher. Fr. frei. 300

# F. W. Heineke, Kamen.

## Vorzügliche Bezugsquelle für Betten.

Doppelt gereinigte Bettfedern u. Kissen.

Federdichte Bettbarchente.

➡ Weitgehende Garantie. ➡

Ein heftiger Sturm, begleitet von Donner-  
schlägen und finstlichartigem Regen, wüthete in  
der Umgebung von Lyon und hat großen Scha-  
den angerichtet. Bäume wurden entwurzelt und  
Dächer abgedeckt. In Reçh sind mehrere leicht ge-  
baute Häuser, welche durch die Ueberschwemmung  
stark gelitten hatten, vom Sturm umgerissen  
worden. In der Umgebung von St. Menesboud  
und bei Vonniers steigt die Aisne schnell. Die  
Uferbevölkerung hegt ernste Befürchtungen. Auch  
in der Umgebung von Remiremont hat der Orkan  
großen Schaden angerichtet. Die telephonischen  
Verbindungen sind gestört. Es regnet in Strö-  
men, die Mosel steigt rapid. Die Wasserbehörden  
theilen mit, daß die Maas bei Charleville stark  
steigen wird. Das Hochwasser wird sich am 27.  
abends in Sedan und am 28. in Charleville  
fühlbar machen. Aus Toulon wird ebenfalls über  
fürchbaren Sturm berichtet. Mehrere Schiffe sind  
von der Signalstation als in kritischer Lage sich  
befindend gemeldet worden. Die Hafendirection  
hat mehrere Schleppdampfer auf die hohe See ge-  
schickt, um Nachforschungen an der Küste vorzu-  
nehmen und den in Not befindlichen Schiffern  
Hilfe zu bringen. Die Torpedobootzerstörer, welche  
zu einer Uebung ausfahren wollten, erhielten Ge-  
genbefehl.

## Zwei Parlamentsreden. — Zum Wahlrechtskampf.

Im Abgeordnetenhaus kam am Freitag der Zentrumsabgeordnete Gronowski auf die vor einigen Wochen gehaltene Rede des Abg. Schmieding (natl.) zurück. Soweit diese Ausführungen Gronowski

### die Verhältnisse unseres Wahlkreises

berühren, tragen wir aus denselben noch folgendes nach:

Am 18., 19. und 20. November 1909 fanden in Dortmund Kommunalwahlen statt. Bei dieser Wahl sind in einem Wahllokal eine ganze Kolonne Betriebsbeamten gewissermaßen als Kontrollleure aufgestellt worden. Ja, selbst neben dem Wahllokal hatten Grubenbeamte Platz genommen, um die Arbeiter zu kontrollieren. Das ist seitens der Nationalliberalen ein schlimmer Mißbrauch ihrer wirtschaftlichen Macht zu politischen Zwecken. Es kam zur Stichwahl, und hier zeigte sich, daß die Sozialdemokraten fast bis zum letzten Mann für die nationalliberale Partei gestimmt haben. Die Herren Friedberg und Schmieding haben gegen das Zentrum, besonders gegen das rheinisch-westfälische Zentrum, eine Reihe von Vorwürfen erhoben, die nicht unterwiesen werden können. Zunächst hat der Abg. Schmieding gesagt, dem Zentrum falle es schwer, seine Wähler an seine Fahne zu halten. Für diese Behauptung hat Herr Schmieding den Beweis nicht erbracht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Es mag ja sein, daß infolge der unglaublichen Verheerung seitens der Gegner der eine oder andere Wähler zu den Sozialdemokraten abgewandert ist, aber das gibt nicht niemanden das Recht zu der Behauptung, daß die Arbeiterkreise, die bisher zum Zentrum gehörten, diesem antreuen zu werden geneigt wären. Herr Schmieding hat hier von uns verlangt, wir sollten uns auflösen. Wir sind ja keine Unmenschen, aber das ist doch etwas zu viel verlangt, daß wir aus Liebe zu den Nationalliberalen Selbstmord begehen sollen. Solange wir nicht in jeder Hinsicht mit den Protestanten gleich behandelt werden, sollte man an uns eine solche Forderung gar nicht stellen. Wir Katholiken werden tatsächlich auch noch heute nicht den Protestanten gleich behandelt. In Dortmund beispielsweise gibt es unter 9 Stadträten nur einen Katholiken, und selbst diesen einzigen hat man noch vorher mit Röntgenstrahlen durchleuchtet, ob er auch nur gar kein Zentrumsmann wäre. Und unter den 12 unbesetzten Stadträten gibt es nur zwei Katholiken. Herr Schmieding meinte nun, für uns verlangten wir Freiheit und Aufstiegsleiter, während wir sie den anderen verweigerten. Und speziell ist gesagt worden, daß die „Tremonia“ keine Gelegenheit vorübergehen lasse, um die Kluft zwischen Protestanten und Katholiken zu vertiefen. Auch hierfür hat Herr Schmieding nicht die Spur eines Beweises erbracht, trotzdem er verschiedentlich dazu aufgefordert worden ist. Genaugenommen fällt es ihm natürlich ein, diese Behauptung zu revidieren. Es ist uns vorgeworfen, daß wir die Nationalliberalen nicht immer gegen die Sozialdemokratie unterstützt hätten. 1907 hätte das Zentrum in Dortmund-Süd die Wahlenthaltung empfohlen. Selbst wenn wir damals unseren Wählern empfohlen hätten, für den nationalliberalen Kandidaten zu stimmen und sämtliche Wähler hätten diese Aufforderung befolgt, so wäre die Mehrheit für die Nationalliberalen eine ganz problematische gewesen. Welcher Partei aber ist es überhaupt möglich, alle ihre Wähler, Mann für Mann für den ausgesprochenen politischen Gegner an die Wahlurne zu bringen? Und das hätte für uns nach den Beschimpfungen möglich sein sollen, die uns von nationalliberaler Seite zuteil geworden sind? In Dortmund sind die Sozialdemokraten durch Schuld der Nationalliberalen in den Besitz von vier Stadtverordnetenmandaten gekommen und 6 Zentrumskräfte aus dem Stadtverordnetenkollegium herausgedrängt worden. Das wäre niemals möglich gewesen, wenn die „Liberalen“ die Pflicht gehabt hätten, eine bürgerliche Partei zu unterstützen.

Bei der Beratung des Kaligesezes im Reichstage nahm der Abgeordnete Hue (Soz.) Veranlassung, auf wirtschaftliche Ereignisse zurückzukommen, welche vor 6 Jahren namentlich das Ruhrgebiet aufs heftigste erregt haben,

### die Zechenstilllegungen im Jahre 1904.

Hue führte hierüber nach dem amtlichen Stenogramm folgendes aus: „Die Begründung der Kalk-Vorlage nennt u. a. als ihr Motiv, es könnten sich durch Fortschreiten der Anarchie in der Kalkindustrie, Zechenstilllegungen — wie wir sie im Ruhrgebiet in den Jahren 1903 und 1904 erlebt haben — wiederholen. Die Folgen der Zechenstilllegungen seien Arbeiterentlassungen, es werde die Steuerkraft der Gemeinden vermindert, es träten dadurch schwere Schädigungen der Gemeinden und der Gewerbetreibenden ein. Ja, meine Herren, gerade wir Sozialisten haben am 21. April 1904 die Regierung hier interpelliert, was sie gegen die Verwüstung der nationalen Bodenschätze und die Schädigungen der Gemeinden durch die Zechenstilllegungen im Ruhrgebiet tun wolle! Was hat uns die Regierung geantwortet? Mit dürren Worten hat damals der Herr Regierungsvertreter erklärt, er lehne die Beantwortung der Interpellation ab (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), weil diese Angelegenheit eine Sache der Landesgesetzgebung sei. (Hört! hört! bei den Soz.) Meine Herren, ist es möglich, fragt man sich, daß dieselbe Regierung, die damals, als sich die schwere Bedrohung der Gemeinden im Ruhrgebiet durch die Zechenstilllegungen immer mehr verdichtete und schließlich zu einer schweren Schädigung wurde, brüsk ablehnd antwortete: „Darum hat sich der Reichstag nicht zu kümmern, die Angelegenheit ist Landesache, wir können auf reichsgesetzlichem Wege nichts tun, um diese Sache zu verhindern“, — ich sage, ist es möglich, daß dieselbe Regierung, wenn es auch andere Personen sind, uns heute einen Gesetzentwurf vorlegt und darin die Zechenstilllegungen im Ruhrgebiet, deren schwere Schädigung sie damals abgestritten hat, die sie nicht einmal erwähnte, als Begründung der jetzigen Vorlage heranzieht, die allerdings nicht zum Schutze

der kapitalistischen Interessen herausgegeben ist? (Sehr gut! bei den Soz.) Meine Herren, da die Vorlage von den Zechenstilllegungen spricht, wäre es geradezu eine Willkürvergeßlichkeit, wenn ich als Vertreter eines der schwergetroffenen Kreise nicht sagen würde, wie es tatsächlich gekommen ist. Was hat der Herr Minister Möller damals im Landtage gesagt? Höhnisch hat er von einer „Theaterpanik“ gesprochen, die sich im Ruhrgebiet wegen der Zechenstilllegungen breit mache. Höhnisch sprach ein anderer, es war ein freikonserverativer oder ein nationalliberaler Redner, von der „sozialdemokratischen und der ultramontanen Agitation“, die die Zechenstilllegung zu einem Aufhebungsmittel gebrauchte. Heute soll die „Theaterpanik“ den Kalkindustriellen zum Besten dienen. In der Tat waren im Ruhrgebiet schon im Mai 1904 451 Arbeiter auf den betreffenden Zechen entlassen, 3481 waren damals schon freiwillig abgegangen, weil sie sich vor der Kündigung fürchteten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sind schon nahezu 4000 Arbeiter, die ihre Arbeitsstelle wechseln mußten, das Ruhrgebiet verließ oder heute hunderte Wege zu einer anderen Arbeitsstelle machen müssen. Inzwischen ist die Sachlage noch verschlimmert. Die Gewerbetreibenden, Kaufleute und Handwerker sind schwer geschädigt, ebenso die Landwirte. Sehen Sie bitte einmal die Statistik der Steuerveranlagung in Stadt und Land im Deutschen Reich nach! Wir haben in den Zechenstilllegungsgebieten arme Gemeinden, die heute 250 bis über 300 Prozent Kommunalsteuerausgleich erheben müssen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), weil nebenbei durch die Zechenstilllegungen den Gemeinden eine außerordentlich große Last auferlegt worden ist. Damals ist man einfach mit leeren Worten darüber hinweggegangen, damals hat sich die Regierung um die schwer bedrohte und geschädigte Ruhrbevölkerung, um die vielen tausend Arbeiter, die vielen kleinen Landwirte und Geschäftsleute, die als Lebensmittellieferanten für die Arbeiterschaft in Betracht kommen, auch nicht einen Deut gekümmert. Aber jetzt, wo es sich um die Kalkindustriellen handelt, um die Leute, die vor Geld nicht wissen, woher und wofür, wo es sich um die Bereicherung von Millionären handelt, da wird die Zechenstilllegung als Motiv für diese Vorlage herangezogen!

In einer Zuschrift an die „Rhein.-westf. Ztg.“ wendet sich

### ein Führer unseres Bergbaues gegen die Einführung des geheimen Wahlrechts.

indem er schreibt: „Keine andere Großmacht Europas hat eine so schwache geographische Lage als das Deutsche Reich. In keinem anderen Großstaate Europas besteht ein so demokratisches Wahlrecht als im Deutschen Reich. Es ist ferner kaum zu bestreiten, daß in Zukunft im deutschen Reichstage fast stets eine Mehrheit vorhanden sein wird, die keine Garantie dafür bietet, daß die Machtstellung des Deutschen Reiches den Verhältnissen entsprechend ausgebaut wird. Es ist sehr bedenklich, daß mehrere kleine Staaten Deutschlands ein Wahlrecht angenommen haben, welches ganz oder nahezu dem Reichstagswahlrecht entspricht. Solange aber in Preußen ein Wahlrecht besteht, welches dem Abgeordnetenhaus eine Mehrheit aus Konservativen und gemäßigt Liberalen sichert und dadurch auch dem Herrenhause seine jetzige Stellung erhält, wird eine kraftvolle Staatsregierung in der Lage sein, Deutschlands Machtstellung aufrecht zu erhalten.“

Bei dem jetzigen Wahlrecht ist im Abgeordnetenhaus eine Majorität gesichert, welche das Reichstagswahlrecht ablehnt. Drei große Parteien drängen aber auf die Einführung des Reichstagswahlrechts für das preussische Abgeordnetenhaus. Jede Demokratisierung des preussischen Wahlrechts verstärkt im Abgeordnetenhaus diese Parteien, befriedigt sie aber in keiner Weise, sondern rückt uns nur dem Reichstagswahlrecht immer näher, und bedroht die Stellung des Herrenhauses. Erringen diese Parteien im Abgeordnetenhaus die Mehrheit und verliert dadurch die Staatsregierung den festen Rückhalt in Preußen, dann ist auch eine kraftvolle Regierung nicht in der Lage, die Machtstellung des Deutschen Reiches aufrecht zu erhalten. Dieser Gesichtspunkt muß stets in erster Linie stehen, aber auch andere höchst wichtige Erwägungen verbieten die weitere Demokratisierung des preussischen Wahlrechts. Am nächsten liegen für uns die Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, auf die ich mich beschränken will.

Dieser Industriebezirk ist zurzeit der hervorragendste in ganz Europa. Seine Bedeutung geht ohne weiteres daraus hervor, daß er den preussischen Staatsbahnen die Hälfte aller Frachten zuführt. Trotzdem ist diese Industrie im Reichstage gar nicht vertreten, und trägt die Mehrheit im Reichstage kein Bedenken, Lebensinteressen dieser Industrie zu gefährden. Ja, noch mehr, seit im preussischen Wahlrecht die Drittstellung in den Urwahlbezirken eingeführt ist, hat sich in diesem Bezirk die Zahl der konservativen und gemäßigt liberalen Abgeordneten (Konservative und gemäßigt Liberalen gehen seit Jahrzehnten hier zusammen) sehr vermindert, und ist mit Sicherheit zu erwarten, daß noch weitere Wahlkreise dieser Parteien, welche die Interessen der Industrie kennen und zu schützen suchen, verloren gehen. Eine weitere Demokratisierung des preussischen Wahlrechts würde unsere Industrie im Abgeordnetenhaus ebenso mundtot machen wie im Reichstage.

Wenn nicht die Statistik längst bewiesen hätte, daß das preussische Wahlrecht ein plutokratisches nicht ist, so würde der Umstand, daß die Industrie, welche diesen Bezirk zum wohlhabendsten Deutschlands gemacht hat, nur noch sehr schwach im Abgeordnetenhaus vertreten ist, einen schlagenden Beweis erbringen.

Die Vertreter der Industrie unseres Bezirks haben das nahezu ausnahmslos auf dem Standpunkt, daß eine weitere Demokratisierung des preussischen Wahlrechts verwerflich sei. Sie treten ein für die Öffentlichkeit der Wahl, aber den bringenden Wunsch, daß die Urwahlbezirkseinteilung wieder eingeführt werden

## Abgeordnetenhaus.

Am Sonnabend wurde die zweite Lesung des Etats des Ministeriums des Innern fortgesetzt. Beim Kapitel „Standesämter“ beschwerte sich Abg. Switala (Pole) über die Weigerung der Standesbeamten, bei polnischen Familiennamen auf „ski“ die Frauennamen mit der Endung „ska“ in die Register einzutragen. — Minister v. Moltke erklärte, diese Weigerung erfolge nur, weil es sich nicht um Namen reinpolnischen Ursprungs handelt. — Beim Kapitel „Landratsämter“ bemerkt Abg. Schwabach (nl.): In einzelnen ostpreussischen Kreisen ist widerrechtlich das Litauische als Versammlungssprache nicht anerkannt worden. Wir haben deshalb unseren Antrag, die Zulassung des Litauischen als Versammlungssprache gesetzlich festzulegen, erneuert. — Abg. Götter (konf.) führt, auf frühere Vorwürfe zurückkommend, aus: Eine einseitige konservative Parteipolitik kann man den Landwirten nicht vorwerfen. Daß sie politischen Einfluß haben, macht sich ganz von selbst. Und daß sie aus ihrer politischen Überzeugung kein Hehl machen, kann ihnen doch gerade die Linke nicht übel nehmen. Aufgabe der Verwaltungsbeamten ist in erster Reihe die Wahrung der Staatsautorität. Diese aber wird rückhaltlos allein von der konservativen Partei verteidigt — allenfalls, aber nur teilweise, auch vom Zentrum. (Beifall rechts.) Was Wunder, daß die Regierung sich da der Partei der Staatsautorität anschließt. Wir treten für die Landräte ein, nicht weil sie konservativ sind, sondern weil sie für den Bestand des preussischen Staates als unentbehrlich anzusehen sind. — Abg. Graf Praschma (Zentr.) bringt einen Fall zur Sprache, der sich in der Krongesamtheit eines Ostmarkkreises zugetragen hat, dessen Landrat der Abg. von Kardorff ist. Dort konnte die Krongesamtheit nicht konstituiert werden, weil die Mitglieder und auch der Landrat sich mit einem polnischen Gutsbesitzer nicht einigen konnten. Sie wollten mit dem polnischen Besitzer nicht in der Kommission zusammenarbeiten. Es sei bedauerlich, daß der politische Gegensatz auch auf dem amtlichen und gesellschaftlichen Verkehr ausgebeugt werde. — Abg. v. Kardorff (freikons.): Die Krongesamtheit mußte aufgelöst werden, weil die Mitglieder einfach nicht mehr erschienen. Ich habe ein großes Verständnis für den Idealismus der Polen, nehme aber eine wesentlich andere Stellung den Deutschen gegenüber ein, die nicht das gleiche Maß von Nationalgefühl besitzen. Durch die Agitation des Zentrums wird den Leuten die Vaterlandsliebe aus dem Herzen gerissen. (Rebh. Ohl-Rufe im Zentrum.) Das Zentrum hat mit einem solchen Maß von Unwahrheit, ja Verlogenheit gearbeitet, daß die Leute nicht wußten, woran sie sind. (Lärm im Zentrum.) Sie haben auch die Wahl des Polen Korfanti unterstützt. Und warum? Aus Mandatschunger. Die Politik des Zentrums ruht wie ein schwerer Alp auf den deutschen Katholiken in der Ostmark. — Minister v. Moltke erwidert dem Abg. Schwabach, daß er die Behörden in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen neuerdings ausdrücklich angewiesen habe, den Gebrauch der litauischen Sprache in Versammlungen im allgemeinen zu gestatten, ohne daß es einer besonderen Anzeige bedarf. — Abgeordneter Graf Praschma (Zentr.) bestreitet, daß das Zentrum dem Abg. Korfanti bei der Wahl unterstützt habe. Dem frischen Zusammenarbeiten der Deutschen in der Ostmark habe die heutige Rede des Abg. v. Kardorff sicherlich nicht gedient. (Sehr richtig! im Zentrum.) Abg. Lippmann (freikons.): Unsere Beschwerden richten sich in erster Reihe gegen die Answahl, in zweiter gegen die politische Betätigung der Landräte. Wer an die Unparteilichkeit der Landräte glaubt, sieht durch die Parteibillie. Die Landräte rekrutieren sich fast nur aus agrarischen Kreisen. Redner führt weiter Klage über das Verhalten des Landrats in Biallitz, der die Mitglieder der Selbstverwaltung drangsalierte. — Abg. v. Böhlendorff-Köln (konf.): Wir werden zur Unabhängigkeit erzogen, und gerade die Liberalen sollten das anerkennen. Der Redner nimmt seinen vorjährigen Antrag wieder auf, der die Provinzialräte ermächtigt wolle, das Wahlverfahren zu den Kreistagen zu Gunsten der Vertreter der Landwirtschaft zu ändern. — Abg. Dr. Wiemer (freik. Sp.): Die Konservativen sind unabhängig, nicht aber die Regierung. Sie ist abhängig von den Konservativen. Das Verhalten der Konservativen bestreitet alle Voraussetzungen für ein künftiges Zusammenarbeiten. Sie sind in solcher Stärke hier auf Grund eines überlebten Wahlrechts und einer ungerechten Wahlkreiseinteilung. Wir werden darauf hinwirken, daß das geändert wird. — Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Titel „Landräte“ wird nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen bewilligt, ebenso mehrere weitere Kapitel ohne wesentliche Debatte.

Beim Kapitel „Polizeiverwaltung“ erörtert Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) die Tätigkeit der Berliner politischen Polizei. Wie könne diese Mitglieder der sozialdemokratischen Jugendvereine als Verbrecher behandeln? Die russische Polizei soll in Berlin eine Spitzelzentrale unterhalten. Die Berliner Polizei arbeitet mit den russischen Spitzeln geradezu in Kompagnie. Weiß der Minister, daß noch viele russische Spitzeln in Preußen weilen? Er sollte diese Bande von erbärmlichen Spitzeln zum Lande hinausjagen lassen. — Abg. Strosser (konf.): Die von Spitzeln bewachten Straßen sind keineswegs harmlos. Ich erinnere nur an den Waffenschmuggel nach Russland zu Zwecken der Revolution. — Verschiedene Abgeordnete treten noch für Besserstellung der Polizeibeamten ein, worauf die Weiterberatung vertagt wird.

## Deutschland.

Der Kaiser trifft, wie wir bereits meldeten, am 8. März in Wilhelmshaven ein und geht von dort aus an Bord des Flottenflaggschiffes „Deutschland“ eine Besichtigungstour nach Ostpreußen an. In der Nacht zum 9. März hat das Kaisergeschwader auf der Strecke Danzig-Königsberg ein Am 10. März vorgetrieben die Einfahrt des Kaisers und

seines Gefolges an Bord des Hochgeschwindigkeitsschiffes „Kaiser Wilhelm II.“; worauf eine Fahrt in die Nordsee angetreten wird. Von diesem Ausfluge wird der Dampfer in der Nacht vom 11. zum 12. März nach Bremerhaven zurückkehren. Am Sonnabend, 12. März, morgens, gedenkt der Kaiser den Hochgeschwindigkeitsschiff „George Washington“, das größte Schiff der deutschen Handelsflotte, zu besichtigen. Im Anschluß hieran erfolgt um 10 Uhr vormittags mittelfest Sondergutes die Abreise des Kaisers über Bremen nach Berlin.

Als Sittenwächter der kaiserlichen Prinzen spielt sich der „Reichsbote“ auf, indem er schreibt: „In Sonderhausen wurde dieser Tage von der Berliner Operetten-Gesellschaft Leo Jollys Operette des jüdischen Schriftstellers Leo Jollys „Die geschiedene Frau“ aufgeführt. Als der Direktor wegen der Aufführung dieses frivolsten, von unsittlichen Situationen angefüllten Stückes zur Rede gestellt wurde, sagte er zu seiner Entschuldigung, daß Se. kaiserl. Hoheit der Kronprinz mit seiner Gemahlin die Vorstellung dieser Operette im Theater des Westens besucht und dabei applaudiert hätte. Wir werden gefragt, ob das wahr sei, damit man diese dort viel besprochene Behauptung demontieren könne. Wir wissen es nicht, aber unsere königlichen Prinzen, welche öfter in solchen Theateraufführungen gesehen werden, sollten daraus entnehmen, daß das im Lande in königstreuen Kreisen eine befremdliche Eindringung macht, zumal in Theater solche Besuche als Reklame für ihre Aufführungen zu benutzen pflegen.“

(Das Schnellbahnprojekt Köln-Düsseldorf.) Das Abkommen zwischen Köln und Düsseldorf, wonach die beiden Städte bis auf weiteres in der Schnellbahnfrage gemeinschaftlich vorgehen wollten, ist von der Kölner Stadtverwaltung gekündigt worden. Die Stadt Köln beabsichtigt jetzt mit der königlichen Staatsregierung und den in Betracht kommenden Elektrizitätsfirmen ohne Rücksicht auf die Stadt Düsseldorf weiter zu verhandeln. Die Stadt Köln sieht sich zu diesem Schritt veranlaßt, weil die Vereinigung mit Düsseldorf eine Förderung der Angelegenheit nicht erwarten lasse. Von der Kündigung des Abkommens wurde auch dem Eisenbahnminister, sowie den beteiligten Firmen Mitteilung gemacht.

(Die Patentwahlurne.) Der bekannte Wahlstatistiker Prof. A. Siegfried aus Königsberg hat an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, die demnach zur Sprache kommen dürfte. Siegfried beschäftigt sich seit längerer Zeit mit Maßnahmen zu einer wirksamen Sicherung des Wahlgeheimnisses und hat eine Urne für die Abstimmung der Stimmgäule konstruiert, die in Form einer Kugel gebaut und nur zu entleeren ist, wenn sie vollkommen umgedreht wird. Dadurch müßte bei jedem Öffnungsversuch die Stimmgäule vollständig durcheinander gewirbelt werden, so daß eine Kontrolle der Stimmabgabe auf Grund der Reihenfolge der Abstimmenden ganz unmöglich geworden ist. Siegfried beschwert sich nun in seiner Eingabe darüber, daß das Reichsamt des Innern seine Urnen gar nicht geprüft hat, und appelliert an den Reichstag, daß er jetzt bereits einen Betrag für Anschaffung der Urnen in den Etat einstellt, der die nächste Beratung so nahe vor den Abgeordneten liegen liege, daß der Reichstag nachher nicht diejenigen amtlichen Urnen werden acceptieren müßte, die ihm die Behörden aufzwingen. Die Kosten der Urne sind auf 6,60 Mark pro Stück veranschlagt worden. Der ganze Bedarf an Urnen für das Deutsche Reich würde mit 400 000 Mark volle Deckung finden.

(Beurteilter Spion.) Das Reichsgericht beurteilte den Kaufmann Weisel aus Angermünde in Preußen wegen Vergehens gegen § 1 des Spionagegesetzes und versuchten Vergehens gegen § 3 desselben Gesetzes in Verbindung wegen Vergehens gegen § 333 des Reichs-Strafgesetzbuchs (Bestechung militärischer Personen) zu vier Jahren Zuchthaus und acht Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte hatte militärische Gegenstände verraten, die im Interesse des Reiches geheim zu halten sind.

## Ausland.

### Norwegen.

(Besuch des norwegischen Königs Haarek in Petersburg.) Der König und die Königin von Norwegen werden im Laufe des Frühjahrs in Petersburg zum Besuch des russischen Hofes eintreffen. Die offizielle Anfrage des norwegischen Hofes, ob auf einen Empfang von Seiten der Zarin in Anbetracht ihres leidenden Zustandes gerechnet werden kann, wurde von der in bejahendem Sinne beantwortet.

### Bulgarien.

(Die türkisch-bulgarischen Grenzverhältnisse.) Auf Veranlassung des Ministers des Innern traf der Wali von Saloniki in Konstantinopel ein und konfertierte mit dem Großwesir, dem Minister des Innern und dem Kriegsminister über die bulgarisch-türkischen Grenzverhältnisse. Sie beschloßen sofort an die Kommandeure des 2. und 3. Armee-korps wegen Ergreifung erster Maßregeln zu telegraphieren. Der Generalstabchef erteilte den Befehl zur Einberufung der Reservebrigaden des 1., 2. und 3. Armee-korps. Der Kriegsminister erhielt Depeschen, daß der Grenzstreit dauere.

## Fastenspeisen!

**Knorr-Sos**  
reines Pflanzenprodukt  
zum Würzen von Fastenspeisen.  
**Knorr**  
**Hahn-Maccaroni**  
Nach 2 D. R. P. hygienisch einwandfrei hergestellt.  
Starkes Aufquellen, grösste Ausgiebigkeit, appetitliches Aussehen, höchste Wohlgeschmack.  
In allen einschlägigen Geschäften zu haben.